

— Kriegerheimstätten. Die vom Verein Deutscher Bodenreformer in Berlin ausgehenden Bestrebungen zur Errichtung von Kriegerheimstätten führten in einer Donnerstag Abend im Hochstift am Salzhaus abgehaltenen Versammlung zur Gründung eines Frankfurter Ortsausschusses. Die Erschienenen setzten sich aus Vertretern sozialer, gemeinnütziger, bürgergenossenschaftlicher und gewerkschaftlicher Korporationen zusammen. Herr J. G. Epstein teilte mit, daß von vielen Korporationen bereits die Mitarbeiterschaft in dem Ortsausschuss zugesagt sei. Es handle sich zunächst darum, allerorts solche Ortsgruppen zu gründen, um mit Hilfe einer umfassenden Organisation die breitesten Schichten des Volkes zur Verwirklichung der Idee zu gewinnen. Theoretisch sei insofern ein Widerstreit zu verzeichnen, als einerseits das Bestreben herrsche, diese Stätten auf staatlichem bezw. kommunalem Grund und Boden mit dem Prinzip der Amortisation, Eigentumsanwerbung, zu errichten, andererseits der von Bodenreformerischer Seite gemachte Vorschlag bestehe, die Stätten auf dem System der unkündbaren Rente aufzubauen. Stadtrat Prof. Dr. Stein möchte die ganze Frage mit der dringend notwendigen Reform unseres Heimstätten- und Rentengutgesetzes geregelt wissen. Gerade der Krieg habe in den größeren Städten die Erfahrungen gezeitigt, daß es dringend notwendig ist, die Landbesiedelung mehr ins Auge zu fassen. Dr. Kraus wies darauf hin, daß nach gemachten Beobachtungen sehr häufig der Wille zur Eigentumsanwerbung ausschlaggebend im Heimstättenwesen geblieben sei und daß es sich darum empfehle, beide Systeme, Eigentumsanwerbung und Erbpacht, zur Geltung kommen zu lassen. Stadtverordneter Thormann vertrat den prägnantesten Standpunkt des Ortsausschusses, der vor allem ein Reichsgesetz zur Errichtung von Kriegerheimstätten bei Bereitstellung billigen Bodens und die Uebernahme des Grundstücks ohne Kapitalsanzahlung gegen eine unkündbare mäßige Rente fordert. Es wurde alsdann die Gründung des Ausschusses beschlossen und ein Arbeitsausschuss mit dem Recht der Zuwahl ernannt. Ferner gelangte ein Antrag von Prof. Dr. Stein zur Annahme, der hervorhebt, daß der Ausschuss neben der Errichtung von Kriegerheimstätten gleichzeitig auch eine Reform des Heimstätten- und Rentengutgesetzes für dringend geboten erachtet.